

Ressort: Politik

EU bestätigt Entgegenkommen Athens in Reformverhandlungen

Brüssel, 15.06.2015, 16:01 Uhr

GDN - Die EU hat bestätigt, dass die griechische Regierung den Gläubigern des Euro-Krisenlandes in den Reformverhandlungen entgegengekommen ist. Die Regierung um Ministerpräsident Alexis Tsipras habe die Vorgabe der Gläubiger akzeptiert, in diesem Jahr einen Primärüberschuss - also ein Haushaltsplus ohne Schuldendienst - von einem Prozent zu erreichen, wie eine Sprecherin der EU-Kommission mitteilte.

Bislang hatte die griechische Regierung auf einen Primärüberschuss von 0,75 Prozent bestanden. Die Sprecherin teilte zudem mit, dass gleichwohl die Frage geklärt werden müsse, "ob die Verpflichtungen glaubwürdig sind, um das Ziel zu erreichen". Weitere Einschnitte bei Renten und Löhnen seien in den Verhandlungen am Wochenende weder von der EU-Kommission noch von der Europäischen Zentralbank oder dem Internationalen Währungsfonds gefordert worden, betonte die Sprecherin. Die Athener Regierung und die Gläubiger Griechenlands ringen seit Monaten um die Reformauflagen für die Freigabe der letzten Tranche aus dem zweiten Griechenland-Paket in Höhe von 7,2 Milliarden Euro. Gelingt in den kommenden Tagen kein Durchbruch bei den Verhandlungen, droht Griechenland die Staatspleite.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-56148/eu-bestaetigt-entgegenkommen-athens-in-reformverhandlungen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619